

Ein Kampf um und gegen die SRG

Am 8. März stimmen Volk und Stände über die SRG-Initiative ab. Das Volksbegehren verlangt die Senkung der Radio- und TV-Gebühren auf 200 Franken sowie die vollständige Abschaffung der Unternehmensabgabe. Hier die wichtigsten Fragen und Antworten zur Vorlage.

Sebastian Gänger (sda)

Was ist die Ausgangslage?

Haushalte und Unternehmen finanzieren gemeinsam die SRG und 38 konzessionierte Lokalradios und Regionalfernsehsender. Dazu wird bei Haushalten und Unternehmen eine Abgabe erhoben. Der Bundesrat legt fest, wie hoch die Abgabe ist. 2019 hatte er die Abgabenhöhe für Haushalte von 365 auf 335 Franken pro Jahr gesenkt. Damals machte die «No Billag»-Initiative Druck, welche eine vollständige Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren verlangte. Fast 72 Prozent lehnten das Volksbegehren 2018 ab.

Wie ist die Situation im Ausland?

In anderen Ländern sind die Gebühren für öffentlich-rechtliche Sender tiefer als in der Schweiz. Im Unterschied zur SRG müssen diese Medienhäuser aber nur Angebote in einer Sprache anbieten. Die Mehrsprachigkeit und Kleinräumigkeit der Schweiz erklärt laut dem Bund die im Ländervergleich höhere Haushaltsabgabe. Wäre die Schweiz ein einsprachiges Land, wären die Produktionskosten der SRG demnach rund 40 Prozent tiefer.

Was will die Initiative?

Die Volksinitiative «200 Franken sind genug (SRG-Initiative)» will die Radio- und TV-Abgabe für Haushalte von heute 335 auf maximal 200 Franken pro Jahr senken. Zudem sollen alle Unternehmen von der Gebühr befreit werden. Aus der Abgabe sollen nur noch Radio- und Fernsehprogramme finanziert werden, die einen «unerlässlichen Dienst für die Allgemeinheit» erbringen. Teil des Initiativtexts sind zudem eine Reihe von Übergangsbestimmungen. Demnach sollen die Regeln für den Finanzausgleich und der prozentuale Anteil der privaten regionalen Radio- und Fernsehveranstalter an den Gebührengeldern gleich bleiben wie bisher. Vorgesehen ist zudem, dass die Gebühr gesenkt wird, wenn die Zahl der Haus-

halte steigt. Der Bundesrat soll eine solche allfällige Gebührensenkung alle fünf Jahre vornehmen, wobei er die Teuerung mitberücksichtigen könnte.

Warum Halbierungsinitiative?

Unter dem Strich fordert die Initiative eine deutliche Verschlankung der SRG und eine Fokussierung des Angebots auf Kernbereiche. Haushalte müssten rund 40 Prozent weniger Gebühren bezahlen. Zusammen mit der vollständigen Streichung der Unternehmensabgabe ergibt sich eine Halbierung der Gelder, weshalb das Volksbegehren auch Halbierungsinitiative genannt wird.

Was geschieht bei einem Nein?

Auch dann sinken die Gebühren. 2024 hat der Bundesrat als Gegenprojekt zur Initiative entschieden, die Haushaltsabgabe im Jahr 2027 von 335 auf 312 Franken und 2029 auf 300 Franken zu senken. Ab 2027 werden zudem weitere rund 65 000 Unternehmen keine Abgabe mehr entrichten müssen. Anders gesagt: Ab 2027 werden nur noch 20 Prozent der mehrwertsteuerpflichtigen Unternehmen eine Abgabe bezahlen, heute sind es 33 Prozent. Der Bundesrat wird nach der Abstimmung zudem die neue SRG-Konzession konkretisieren. Gemäss ersten Eckwerten soll privaten Medien mehr Spielraum gegeben werden. Der Schwerpunkt der SRG soll künftig bei Information, Kultur und Bildung im audiovisuellen Bereich liegen. Im Online-Bereich prüft der Bundesrat weitere Einschränkungen im Textangebot.

Was macht die SRG?

Heute sind rund 7000 Personen bei der SRG angestellt. Bei einer Annahme der Initiative würden über 3000 Arbeitsplätze wegfallen. Viele Produktionsstandorte müssten aufgehoben werden. Zudem würden nach Angaben des Bundes bei weiteren Unternehmen, die in wirtschaftlicher Beziehung zur SRG stehen, mehr als 3200 Arbeitsplätze verloren gehen. Dies betrifft Autoren, Darstellerinnen, Firmen der audio-



Einsatz in Cortina: SRG-Mitarbeitende bringen die Olympischen Winterspiele auf die Schweizer Fernsehbildschirme.
Bild: Jean-Christophe Bott / Keystone

visuellen Industrie, aber auch die Bauwirtschaft oder das Gastgewerbe. Auch bei einem Nein zur Initiative muss die SRG sparen, jedoch weniger stark. Das Budget der SRG wird bis 2029 um rund 17 Prozent reduziert. Das Unternehmen ist derzeit daran, Strukturen, Prozesse und Angebote zu überprüfen. Die SRG wird bis 2029 insgesamt 900 Vollzeitstellen streichen.

Wer ist für die Initiative und mit welchen Argumenten?

Lanciert wurde das Volksbegehren von Vertreterinnen und Vertretern der SVP und der Jungfreisinnigen. Unterstützung erhalten sie von der EDU, der Lega sowie vom Gewerbeverband, von Gastrosuisse und vom Centre Patronal. Die Befürworter argumentieren, es brauche eine Entlastung der Haushalte

in Zeiten steigender Krankenkassenprämien und Mieten. Schweizerinnen und Schweizer zahlen heute die weltweit höchsten Radio- und TV-Gebühren. Entlastet werden sollten namentlich junge Menschen, die Medienangebote finanzieren müssten, die sie nicht konsumierten, und Einpersonenhaushalte. Die Unternehmensabgabe sei eine ungerechte Doppelbesteuerung. Das Komitee fordert, die SRG solle sich auf ihren Kernauftrag konzentrieren. Sie breite sich in Unterhaltung und Sport sowie bei Online-Aktivitäten immer weiter aus.

Wer ist dagegen und mit welchen Argumenten?

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. SP, Mitte, Grüne, GLP und EVP setzen sich für ein Nein ein. Auch die FDP-Delegierten haben die Nein-Parole beschlossen, wenn auch nur knapp. Dagegen sind auch die Kantone, Städte und Gemeinden sowie Sport-, Kultur- und Seniorenorganisationen. Eine Halbierung der Gebühren würde laut den Gegnern insbesondere die Medienangebote für sprachliche Minderheiten schwächen und die demokratische Meinungsbildung beeinträchtigen. Private Medien könnten diese Lücke nicht schliessen, zudem drohten eine Zentralisierung der Redaktionen und ein Abbau regionaler Berichterstattung. Bei einem Ja hätte das Publikum weniger Schweizer Inhalte zur Verfügung, warnen die Gegnerinnen und Gegner zudem. Das Publikum müsste vermehrt auf Bezahlangebote ausweichen. Ein Teil der Haushalte würde somit nicht entlastet.

Wie kommt die Vorlage an?

Das Rennen ist offen. Gemäss ersten Umfragen zeichnet sich eine Pattsituation ab. Laut SRG-Umfrage hätten Mitte Januar 52 Prozent bestimmt oder eher Nein gestimmt, während 46 Prozent bestimmt oder eher dafür gewesen wären. In der Umfrage von «20 Minuten» und Tamedia lag das Ja-Lager bei 50 und das Nein-Lager bei 48 Prozent.

Sind die SRG-Gebühren ein Naturgesetz?

PRO

Marcel Dobler
FDP-Nationalrat
St. Gallen



Jeder Haushalt zahlt heute 335 Franken SRG-Gebühren, unabhängig davon, ob SRG-Programme gesehen oder gehört werden. Dies betrifft auch KMU und Pensionskassen. Doch die Existenz der SRG und die Höhe der SRG-Gebühren entsprechen keinem Naturgesetz! Wichtig zu wissen: Die SRG stellt in unserem Medienmarkt als staatlicher Service public einen «Fremdkörper» dar. Gemäss Bundesverfassung ist «Medienfreiheit» als zentrales

Freiheitsrecht garantiert. Das bedeutet, dass staatlicher Service public im Medienbereich nur dort zulässig ist, wo er ergänzend zum Markt Angebote ermöglicht, die aus demokratiepolitischer Sicht nötig sind, Private aber nicht erbringen können.

Heute erleben wir infolge der technologischen Entwicklung eine noch nie dagewesene Vielfalt von Medienangeboten. Gleichzeitig hat die SRG viele Angebote aufgebaut, welche über den Service-public-Auftrag hinausgehen. Hier muss angesetzt werden, denn der «Fremdkörper» SRG droht, private Medien zu verdrängen. Zum Beispiel mit den Sendern Radio Swiss Pop oder Jugendlradio SRF Virus, mit TV-Sendungen wie der Dokusoap «Shaolin Challenge», dem Dating-Format «Alone Together» oder mit Dut-

zenden von Social-Media-Kanälen konkurrenziert die SRG private Medienunternehmen direkt. Hier ist Wettbewerb möglich, darum müssten diese Bereiche den Privaten überlassen werden.

«Nur die SRG schützt uns vor Fake News!», hört man oft von Initiativgegnern. Richtig ist: Nur Angebotsvielfalt der Medien wirkt Desinformation entgegen, nicht ein grosses staatliches Medienhaus. Der Service public der SRG soll den Medienmarkt ergänzen: mit Informations-, Kultur- und Sportsendungen in allen Sprachregionen. Keine Lauberhorn-Abfahrt mehr im TV, wenn Sie «Ja» stimmen? Das ist Unsinn. Mit der Annahme der Initiative kann die SRG hochwertigen Service public anbieten, mit gewaltigen 850 Millionen Franken jährlich.

Wer so spart, schwächt die Schweiz

CONTRA

Martin Candinas
Mitte-Nationalrat
Graubünden



Die Volksinitiative «200 Franken sind genug» verkauft sich als Entlastung. In Wahrheit ist sie ein gefährlicher Kahlschlag. Eine Halbierung der Radio- und Fernsehgebühren würde der SRG fast 800 Millionen Franken entziehen und damit den medialen Service public massiv schwächen.

Die SRG ist die einzige Medieninstitution, die die Schweiz in allen vier Landessprachen abbildet und damit einen zentralen Beitrag zum

Zusammenhalt unseres Landes leistet. Gerade in einer direkten Demokratie ist eine verlässliche, unabhängige und faktenbasierte Information kein Luxus, sondern Voraussetzung für eine funktionierende Meinungsbildung. Wer die SRG schwächt, schwächt letztlich unsere Demokratie.

Besonders gravierend wären die Folgen für unseren Kanton Graubünden. Als einziger dreisprachiger Kanton sind wir auf eine starke, vielfältige Medienlandschaft angewiesen. RTR sorgt dafür, dass das Rätoromanische national präsent bleibt – nicht als Folklore, sondern als lebendige Sprache des Alltags, der Kultur und der politischen Debatte. Auch die italienischsprachige Bevölkerung Graubündens ist auf die Berichterstattung von RSI angewiesen. Genau diese Angebote würden

bei massiven Kürzungen zuerst unter Druck geraten. Denn Sparprogramme treffen immer jene Bereiche zuerst, die weniger Marktvolumen haben.

Die SRG muss sparen. Sie wird in Zukunft rund 17 Prozent weniger Budget zur Verfügung haben. Der Bundesrat wird die Haushaltsabgabe nämlich weiter deutlich reduzieren. Das ist ein anspruchsvoller Weg. Die Halbierungsinitiative geht jedoch weit darüber hinaus. Gerade in Zeiten von Fake News, Desinformation und zunehmender Polarisierung wäre das ein fatales Signal.

Wer 800 Millionen Franken streicht, spart nicht, sondern zerstört. Darum braucht es ein klares Nein zur Halbierungsinitiative. Für unsere Sprachen. Und für eine informierte, vielfältige, demokratische Schweiz.